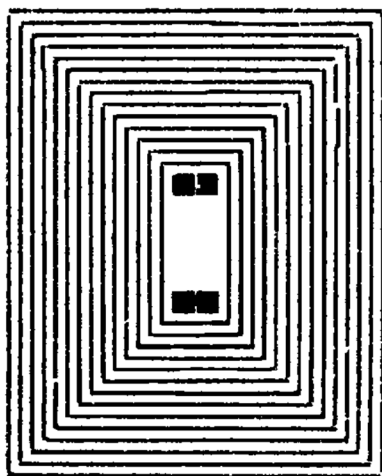


Protokoll des Parteitages im Jahre 1919

Die Verhandlungen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs. Abgehalten vom 31. Oktober bis zum
♦ ♦ 3. November in Wien ♦ ♦



Preis: 30 Kronen

Wien 1920

Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand & Co.

♦ ♦

Wien VI, Gumpendorferstraße 18

♦ ♦

Vierter Verhandlungstag.

Vorjigender Tomfchif: Die

Debatte über die Verfaſſungsfrage

wird fortgeſetzt.

Dr. Frey (Wien): In der Debatte über die Verfaſſungsfrage muß ich noch maß an Ferdinand Laſſalles Rede von 1862 erinnern. Er unterſcheidet die geſchriebene Verfaſſung von der wirklichen Verfaſſung, den tatsächlichen Machtverhältniſſen. Das Verhalten der revolutionären Parteien im Jahre 1848 überprüfend, kommt er zu folgendem Schluſſe: „Sollte alſo der am 18. März 1848 erfochtene Sieg nicht notwendig wieder ergebnislos werden für das Volk, ſo mußte der ſiegreiche Augenblick benützt werden, um die organiſierte Macht des ſtehenden Heeres derart umzugestalten, daß ſie nicht wieder als ein bloßes Machtmittel des Fürſten gegen das Volk verwendet werden konnte. Eine geſchriebene Verfaſſung machen iſt das wenigſte, das ſann man in dreimal vierundzwanzig Stunden tun. Die wirklichen, die tatsächlichen Machtverhältniſſe umgeſtalten, in die Exekutive eingreifen, ſo ſehr eingreifen, daß ſie nie wieder ſelbſtändig dem Willen des Volkes entgegenſtehen könnte, das war es, worauf es damals ankam und was vorausgehen mußte, bevor eine geſchriebene Verfaſſung von Dauer ſein konnte.“ Wenn wir nun zunächſt rückſchauend die Politik der Partei in dem Jahre ſeit der Revolution prüfen, können wir uns die Anerkennung nicht verſagen, daß wir aus der Niederlage von 1848 gelernt haben. Als das alte Regime im November 1918 zuſammenbrach, haben wir uns nicht hingeſetzt wie die Demotraten des Jahres 1848, um des langen und breiten über die Paragraphen irgendeiner Verfaſſung zu beraten, ſondern wir haben vor allem die Reſte der ſich auflöſenden Armee auseinandergebracht und an die Stelle der alten Armee die Volkswehr geſetzt, die ſich mit der alten Armee zwar militäriſch nicht meſſen ſann, das auch nicht will, aber unzweifelhaft den politiſchen Vorteil hatte und hat, daß ſie durch ihren Beſtand allein ſchon den Beſtand der Republik verbürgt hat und verbürgt.

Genoſſen! Wir haben auch auf anderen Gebieten in die Exekutive eingegriffen, wir haben die Gendarmerie entmilitariſiert, den Gendarmen, Wachleuten, Polizeiagenten, Staatsbediensteten und Staatsbeamten das Koalitionsrecht geſichert, das Koalitionsrecht, das ihnen früher geſiegt hat oder ſtark beſchnitten war. Aber auch auf dieſem Gebiete der Gendarmerie und Polizei iſt noch viel zu tun. Was den Verwaltungs- und Juſtizapparat betrifft, ſo iſt biſher ſo gut wie gar nichts geſchehen; auch ein anderes Gebiet wurde noch gar nicht berührt: die Militärgerichte und das ehrenrätliche Verfahren müſſen verſchwinden, alle Soldaten ohne Unterſchied müſſen denſelben Gerichten, denſelben Geſetzen unter-

stehen wie alle Bürger. Wenn wir rückschauend die Politik der Partei in dem letzten Jahre überprüfen, so können wir sagen, wir haben zwar nicht alles erreicht, was notwendig wäre, aber wir haben bei der Umgestaltung der Exekutive dasjenige erreicht, was unter den gegebenen Machtverhältnissen uns zu leisten möglich war.

Nun stehen wir neuerdings vor der Verfassungsfrage, vor der Aufgabe, eine Verfassung in Gesetzesform niederzulegen oder, wie Genosse Renner gesagt hat, die revolutionären Errungenschaften in Granit zu fassen. Da muß ich wieder auf das Wort Lassalles zurückkommen, wir müssen unterscheiden die geschriebene Verfassung von der wirklichen Verfassung. Wir stehen davor, eine Verfassung niederzuschreiben. Wir stehen aber nicht nur vor der Verfassungsfrage, sondern auch vor anderen Fragen, vor allem vor der Frage der Wehrreform. Gestatten Sie, daß ich Ihnen mit allem Ernste sage: im Wehrgesetz, in der Zusammenlegung und Organisation der neuen Wehrmacht, in der neuen Wehrmacht, wie sie wirklich sein wird, wird an wirklicher Verfassung mehr enthalten sein als in allen Verfassungsgeboten, die die Nationalversammlung beschließen wird.

Ich habe nicht die Absicht, in die Einzelfragen der Wehrreform einzugehen, aber ich muß doch die Grundlinien der Wehrreform besprechen, soweit sie mit der Verfassungsfrage zusammenhängen. Adler hat gesagt, unter den heutigen Machtverhältnissen können wir leider nicht eine sozialistische Armee schaffen, aber diese neue Armee muß wenigstens republikanisch sein. Ich unterschreibe das; aber es muß das noch deutlicher gesagt werden: Es genügt nicht, daß diese Armee republikanisch ist, sondern diese Armee muß so zusammengesetzt und organisiert sein, daß sie unter gar keinen Umständen jemals verwendbar ist gegen die Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Dazu genügt es nicht, daß im Gesetze irgendwelche Bestimmungen enthalten sind, sondern diese Wehrmacht muß von Haus aus so zusammengesetzt und so organisiert sein, daß sie in sich selbst die Gewähr und Garantie bietet, daß sie gegen die Arbeiterschaft nicht verwendet werden kann. Ich sage: unter allen Bedingungen! — das vergessen die meisten Genossen, wenn sie diese Frage betrachten — unter allen Bedingungen, das heißt, diese Armee darf gegen die Arbeiterschaft nicht verwendbar sein, auch wenn die Regierung in den Händen von Bürgerlichen ist. (Beifall.) Sie muß so zusammengesetzt und organisiert sein, daß selbst wenn Bürgerliche die Regierung in die Hand bekommen, sie die Wehrmacht nicht ausspielen können gegen die Arbeiterschaft und sie nicht umschmieden können zu einem Machtinstrument gegen das Proletariat. Die meisten Genossen und besonders die Genossen der Provinz, auch viele führende Genossen, sind sich der Bedeutung dieser Frage nicht ganz bewußt, und darum gestatten Sie mir, darüber doch noch ein paar Worte zu sprechen. Politisch weiß jeder, was das heißt: eine Wehrmacht; er weiß, wenn wir eine gute Wehrmacht haben, daß sichergestellt sind die Republik und die Errungenschaften der ganzen Revolution. Aber die meisten Arbeiter, die Gewerkschafter, sind sich nicht recht dessen bewußt, was denn die Frage der Wehrmacht wirtschaftlich für die Arbeiterschaft, für jeden Arbeiter, für jede Arbeiterin bedeutet. Wovon hängen innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen in letzter Linie die Löhne und die Arbeitsbedingungen ab? Doch von nichts anderem, als vom Kräfteverhältnis der organisierten Arbeiter und der organisierten Unternehmer. Innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird der Lohn und werden die Arbeitsbedingungen in letzter Linie bestimmt durch das Machtverhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden. Dieses Machtverhältnis aber wird in entscheidender Weise beeinflusst durch die Beschaffenheit der Wehrmacht. Blicken Sie doch nach Deutschland, wo die Bourgeoisie den Arbeitern in ihren Lohnkämpfen diese Reichswehr entgegenstellen kann: das bekommt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin zu spüren in ihren Säckeln, in ihren Mägen, an ihren Löhnen und ihren Arbeitsbedingungen.

Wenn wir nun eine derartige Wehrmacht betämen wie die Reichswehr oder eine, die ihr annähernd gleichkommt, dann würden das die Arbeiterinnen und die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen sehr zu spüren bekommen. Darum müssen sie uns mehr als bisher unterstützen. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß die Genossen in der Nationalversammlung ein gutes Gesetz zustande bringen werden. Es kommt nicht auf das allein an, was auf dem Papier steht. Wir müssen in die

Beherrscht Leute hineinbekommen, auf die wir uns unter allen Umständen verlassen können. Da müssen Sie alle mit allen Kräften mithelfen. Wir bekommen zum Beispiel nicht selten aus der Provinz merkwürdige Berichte, da bekommen wir oft von Genossen Worte zu hören, wie „Soldatenpielerei“, „neuer Militarismus“. Besonders in Graz scheint man so zu denken.

Wir stehen vor der Verfassungsfrage. Wir sind dabei, eine Verfassung in Gesetzesform niederzulegen. Es soll das eine Verfassung der Republik sein, und da gestatten Sie mir, unter den heutigen Verhältnissen denn doch die entscheidende Vorfrage zu stellen. Wir wollen eine Verfassung für die Republik machen. Ja, ist denn die Republik als Republik fest begründet? Da sage ich Ihnen mit allem Ernst: Nein! Sie haben die Mitteilungen des Genossen Adler nicht mit dem nötigen Ernst aufgenommen. Diese Bataillone der Reaktion sind ebensowenig imaginär, als ich es hier bin. Ich schätze, daß es in Wien mindestens 2000 militärisch organisierte Reaktionäre gibt, vielleicht 4000 bis 6000. Einer der Eingeweichten hat ja offen gesagt, in drei, vier, fünf, sechs Monaten werde die Zeit kommen, und wenn Sie die Zukunft der nächsten Monate kalten Plutes überdenken, müssen Sie sagen, daß die Leute nicht schlecht kalkulieren. Ich glaube, daß es möglich sein wird, im Winter die Massen mit dem Notwendigen zu versorgen. Aber was dann, wenn es uns nicht gelingt und jeder weiß, daß das nicht von uns allein abhängt?! Sollen wir dann trotzdem die Republik schützen, sollen wir sie mit Gewalt schützen? Und in solcher Lage wird sie sich anders nicht schützen lassen! Von zweien eines: Entweder sind wir nicht entschlossen, die Republik mit Gewalt zu schützen, dann übergeben wir die ganze Sache schon heute den anderen, es wird uns weniger Opfer kosten. Moralessajiten werden uns vielleicht deshalb loben, aber vor dem Proletariat sind wir erledigt. Oder wir sind entschlossen, diese Republik auf Tod und Leben mit allen Mitteln zu schützen -- und wir sind dazu entschlossen! -- dann dürfen wir nicht warten, bis die Ueberrumpelung kommt, sondern sind verpflichtet, allen reaktionären Erscheinungen täglich, flüchtig entgegenzutreten. Es ist unerträglich und ich empfinde es wie einen Peitschenhieb, daß man die Kommunisten einsperrt, aber diejenigen, die seit Monaten planmäßig die gewalttätige Erhebung der Reaktion vorbereiten, herumlaufen läßt, ohne ihnen das geringste zu tun. (Lebhafter Beifall.) Und ebenso unerträglich ist es, daß Sicherheitsorgane, Polizei, Gendarmerie einen sehr scharfen Spürsinn an den Tag gelegt haben in der Aufdeckung kommunistischer Komplotte, während bei der Aufdeckung monarchistischer Umtriebe von diesem Spürsinn nichts zu merken ist. Das liegt in Wien nicht an dem mangelhaften Eifer der Wachleute und Agenten, obzwar auch unter ihnen einzelne gegen die Republik arbeiten. Es liegt daran -- ich kann es nicht beweisen, aber es ist meine ernste Ueberzeugung -- daß im Polizeipräsidium einzelne Beamte mit den Reaktionären konspirieren und sie unterstützen. Genossen! Wenn wir die Arbeiterräte zu nichts anderen hätten, als daß sie es ermöglichen, die Arbeitermassen einer bewaffneten Reaktion rasch entgegenzuwerfen, so wären schon aus diesem Grunde allein die Arbeiterräte eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, daß wir im Laufe dieses Winters oder im Frühjahr einer bewaffneten Erhebung der Reaktion werden mit den Waffen in den Händen entgegentreten müssen; der Tag ist unbestimmt, aber er wird kommen, so sicher wie ich hier stehe. Sorgen Sie dafür, daß wir dem vorbeugen, sorgen Sie dafür, daß die wirklichen Machtfaktoren in diesem Staate so werden, daß die Arbeiterschaft ihnen vertrauen kann und wir die Republik darauf wirklich bauen können, dann und nur dann wird die geschilderte Verfassung, das Verfassungsgezet, das werden, was Renner versprochen hat: der Granitfels, der die revolutionären Errungenschaften schützt und sichert. (Lebhafter Beifall.)

Parteitag der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschösterreichs 1919

(31.10. bis 3.11. 1919)

Protokoll

[Seite 245]

Vierter Verhandlungstag.

Vorsitzender Tomschik: Die *Debatte über die Verfassungsfrage* wird fortgesetzt.

Dr. Frey (Wien): In der Debatte über die Verfassungsfrage muss ich nochmals an Ferdinand Lassalles Rede von 1862 erinnern. Er unterscheidet die geschriebene Verfassung von der wirklichen Verfassung, den tatsächlichen Machtverhältnissen. Das Verhalten der revolutionären Parteien im Jahre 1848 überprüfend, kommt er zu folgendem Schlusse: „Sollte also der am 18. März 1848 erfochtene Sieg nicht notwendig wieder ergebnislos werden für das Volk, so musste der siegreiche Augenblick benutzt werden, um die organisierte Macht des stehenden Heeres derart umzugestalten, dass sie nicht wieder als ein bloßes Machtmittel des Fürsten gegen das Volk verwendet werden konnte. Eine geschriebene Verfassung machen ist das wenigste, das kann man in dreimal vierundzwanzig Stunden tun. Die wirklichen, die tatsächlichen Machtverhältnisse umgestalten, in die Exekutive eingreifen, so sehr eingreifen, dass sie nie wieder selbständig dem Willen des Volkes entgegenstehen könnte, das war es, worauf es damals ankam, und was vorausgeben musste, bevor eine geschriebene Verfassung von Dauer sein konnte.“ Wenn wir nun zunächst rückschauend die Politik der Partei in dem Jahr seit der Revolution prüfen, können wir uns die Anerkennung nicht versagen, dass wir aus der Niederlage von 1848 gelernt haben. Als das alte Regime im November 1918 zusammenbrach, haben wir uns nicht hingesetzt wie die Demokraten des Jahres 1848, um des langen und breiten über die Paragraphen irgendeiner Verfassung zu beraten, sondern wir haben vor allem die Reste der sich auflösenden Armee auseinandergebracht und an die Stelle der alten Armee die Volkswehr gesetzt, die sich mit der alten Armee zwar militärisch nicht messen kann, das auch nicht will, aber unzweifelhaft den politischen Vorteil hatte und hat, dass sie durch ihren Bestand allein schon den Bestand der Republik verbürgt hat und verbürgt.

Genossen! Wir haben auch auf anderen Gebieten in die Exekutive eingegriffen, wir haben die Gendarmerie entmilitarisiert, den Gendarmen, Wachleuten, Polizeiaagenten, Staatsbediensteten und Staatsbeamten das Koalitionsrecht gesichert, das Koalitionsrecht, das ihnen früher gefehlt hat oder stark beschnitten war.

Aber auch auf diesem Gebiete der Gendarmerie und Polizei ist noch viel zu tun. Was den Verwaltungs- und Justizapparat betrifft, so ist bisher so gut wie gar nichts geschehen; auch ein anderes Gebiet wurde noch gar nicht berührt: die Militärgerichte und das ehrenrätliche Verfahren müssen verschwinden, alle Soldaten ohne Unterschied müssen denselben Gerichten, denselben Gesetzen unter- [Seite 246] stehen wie alle Bürger. Wenn wir rückschauend die Politik der Partei in dem letzten Jahre überprüfen, so können wir sagen, wir haben zwar nicht alles erreicht, was notwendig wäre, aber wir haben bei der Umgestaltung der Exekutive dasjenige erreicht, was unter den gegebenen Machtverhältnissen uns zu leisten möglich war.

Nun stehen wir neuerdings vor der Verfassungsfrage, vor der Aufgabe, eine Verfassung in Gesetzesform niederzulegen oder, wie Genosse Renner gesagt hat, die revolutionären Errenschaften in Granit zu fassen. Da muss ich wieder auf das Wort Lassalles zurückkommen, wir müssen unterscheiden die geschriebene Verfassung von der wirklichen Verfassung. Wir stehen davor, eine Verfassung niederzuschreiben. Wir stehen aber nicht nur vor der Verfassungsfrage,

sondern auch vor anderen Fragen, vor allem vor der Frage der Wehrreform. Gestatten Sie, dass ich Ihnen mit allem Ernste sage: im Wehrgesetz, in der Zusammensetzung und Organisation der neuen Wehrmacht, in der neuen Wehrmacht, wie sie wirklich sein wird, wird an wirklicher Verfassung mehr enthalten sein als in allen Verfassungsgesetzen, die die Nationalversammlung beschließen wird.

Ich habe nicht die Absicht, in die Einzelfragen der Wehrreform einzugeben, aber ich muss doch die Grundlinien der Wehrreform besprechen, soweit sie mit der Verfassungsfrage zusammenhängen. Adler hat gesagt, unter den heutigen Machtverhältnissen können wir leider nicht eine sozialistische Armee schaffen, aber diese neue Armee muss wenigstens republikanisch sein. Ich unterschreibe das, aber es muss das noch deutlicher gejagt werden: Es genügt nicht, dass diese Armee republikanisch ist, sondern diese Armee muss so zusammengesetzt und organisiert sein, dass sie unter gar keinen Umständen jemals verwendbar ist gegen die Arbeiterschaft. (Sehr richtig!) Dazu genügt es nicht, dass im Gesetze irgendwelche Bestimmungen enthalten sind, sondern diese Wehrmacht muss von Haus aus so zusammengesetzt und so organisiert sein, dass sie in sich selbst die Gewähr und Garantie bietet, dass sie gegen die Arbeiterschaft nicht verwendet werden kann. Ich sage: unter allen Bedingungen! - das vergessen die meisten Genossen, wenn sie diese Frage betrachten -- unter allen Bedingungen, das heißt, diese Armee darf gegen die Arbeiterschaft nicht verwendbar sein, auch wenn die Regierung in den Händen von Bürgerlichen ist. (Beifall.) Sie muss so zusammengesetzt und organisiert sein, dass selbst wenn Bürgerliche die Regierung in die Hand bekommen, sie die Wehrmacht nicht ausspielen können gegen die Arbeiterschaft und sie nicht umschmieden können zu einem Machtinstrument gegen das Proletariat. Die meisten Genossen und besonders die Genossen der Provinz, auch viele führende Genossen, sind sich der Bedeutung dieser Frage nicht ganz bewusst, und darum gestatten Sie mir, darüber doch noch ein paar Worte zu sprechen. Politisch weiß jeder, was das heißt: eine Wehrmacht; er weiß, wenn wir eine gute Wehrmacht haben, dass sichergestellt sind die Republik und die Errungenschaften der ganzen Revolution. Aber die meisten Arbeiter, die Gewerkschafter, sind sich nicht recht dessen bewusst, was denn die Frage der Wehrmacht wirtschaftlich für die Arbeiterschaft, für jeden Arbeiter, für jede Arbeiterin bedeutet. Wovon hängen innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen in letzter Linie die Löhne und die Arbeitsbedingungen ab? Doch von nichts anderem als vom Kräfteverhältnis der organisierten Arbeiter und der organisierten Unternehmer. Innerhalb der gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen wird der Lohn und werden die Arbeitsbedingungen in letzter Linie bestimmt durch das Machtverhältnis zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerverbänden. Dieses Machtverhältnis aber wird in entscheidender Weise beeinflusst durch die Beschaffenheit der Wehrmacht. Blicken Sie doch nach Deutschland, wo die Bourgeoisie den Arbeitern in ihren Lohnkämpfen diese Reichswehr entgegenstellen kann: das bekommt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin zu spüren in ihren Säckeln, in ihren Mägen, an ihren Löhnen und ihren Arbeitsbedingungen.

Wenn wir nun eine derartige Wehrmacht bekämen wie die Reichswehr oder eine, die ihr annähernd gleichkommt, dann würden das die Arbeiterinnen und die Arbeiter in ihren Lohnkämpfen sehr zu spüren bekommen. Darum müssen sie uns mehr als bisher unterstützen. Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, dass die Genossen in der Nationalversammlung ein gutes Gesetz zustande bringen werden. Es kommt nicht auf das allein an, was auf dem Papier steht. Wir müssen in die [Seite 247] Wehrmacht Leute hineinbekommen, auf die wir uns unter allen Umständen verlassen können. Da müssen Sie alle mit allen Kräften mithelfen. Wir bekommen zum Beispiel nicht selten aus der Provinz merkwürdige Berichte, da bekommen wir oft von Genossen Worte zu hören wie „Soldatenspielerei“, „neuer Militarismus“. Besonders in Graz scheint man so zu denken.

Wir stehen vor der Verfassungsfrage. Wir sind dabei, eine Verfassung in Gesetzesform niederzulegen. Es soll das eine Verfassung der Republik sein, und da gestatten Sie mir, unter den heutigen Verhältnissen denn doch die entscheidende Vorfrage zu stellen. Wir wollen eine

Verfassung für die Republik machen. Ja, ist denn die Republik als Republik fest begründet? Da sage ich Ihnen mit allem Ernst: Nein! Sie haben die Mitteilungen des Genossen Adler nicht mit dem nötigen Ernst aufgenommen. Diese Bataillone der Reaktion sind ebenso wenig imaginär, als ich es hier bin. Ich schätze, dass es in Wien mindestens 2000 militärisch organisierte Reaktionen gibt, vielleicht 4000 bis 6000. Einer der Eingeweihten hat ja offen gesagt, in drei, vier, fünf, sechs Monaten werde die Zeit kommen, und wenn Sie die Zukunft der nächsten Monate kalten Blutes überdenken, müssen Sie sagen, dass die Lente nicht schlecht kalkulieren. Ich glaube, dass es möglich sein wird, im Winter die Massen mit dem Notwendigen zu versorgen. Aber was dann, wenn es uns nicht gelingt, und jeder weiß, dass das nicht von uns allein abhängt?! Sollen wir denn trotzdem die Republik schützen, sollen wir sie mit Gewalt schützen? Und in solcher Lage wird sie sich anders nicht schützen lassen! Von zweien eines: Entweder sind wir nicht entschlossen, die Republik mit Gewalt zu schützen, dann übergeben wir die ganze Sache schon heute den anderen, es wird uns weniger Opfer kosten. Moralesayisten werden uns vielleicht deshalb loben, aber vor dem Proletariat sind wir erledigt. Oder wir sind entschlossen, diese Republik auf Tod und Leben mit allen Mitteln zu schützen - und wir sind dazu entschlossen! - dann dürfen wir nicht warten, bis die Überrumpelung kommt, sondern sind verpflichtet, allen reaktionären Erscheinungen täglich, stündlich entgegenzutreten. Es ist unerträglich, und ich empfinde es wie einen Peitschenhieb, dass man die Kommunisten einsperrt, aber diejenigen, die seit Monaten planmäßig die gewaltsame Erhebung der Reaktion vorbereiten, herumlaufen lässt, ohne ihnen das Geringste zu tun. (Lebhafter Beifall.) Und ebenso unerträglich ist es, dass Sicherheitsorgane, Polizei, Gendarmerie einen sehr scharfen Spürsinn an den Tag gelegt haben in der Aufdeckung kommunistischer Komplote, während bei der Aufdeckung monarchistischer Umtriebe von diesem Spürsinn nichts zu merken ist. Das liegt in Wien nicht an dem mangelhaften Eifer der Wachleute und Agenzen, obwohl auch unter ihnen etliche gegen die Republik arbeiten. Es liegt daran - ich kann es nicht beweisen, aber es ist meine ernste Überzeugung - dass im Polizeipräsidium einzelne Beamte mit den Reaktionären konspirieren und sie unterstützen. Genossen! Wenn wir die Arbeiterräte zu nichts anderem hätten, als dass sie es ermöglichen, die Arbeitermassen einer bewaffneten Reaktion rasch entgegenzuwerfen, so wären schon aus diesem Grunde allein die Arbeiterräte eine Lebensnotwendigkeit für das Proletariat. (Sehr richtig!) Ich bin überzeugt, dass wir im Laufe dieses Winters oder im Frühjahr einer bewaffneten Erhebung der Reaktion werden mit den Waffen in den Händen entgegentreten müssen; der Tag ist unbestimmt, aber er wird kommen, so sicher wie ich hier stehe. Sorgen Sie dafür, dass wir dem vorbeugen, sorgen Sie dafür, dass die wirklichen Machtfaktoren in diesem Staate so werden, dass die Arbeiterschaft ihnen vertrauen kann und wir die Republik darauf wirklich bauen können, dann und nur dann wird die geschriebene Verfassung, das Verfassungsgesetz, das werden, was Renner versprochen hat: der Granitfels, der die revolutionären Errungenschaften schützt und sichert. (Lebhafter Beifall.)